

Stadtverordneter
Helge Welker
Nieder-Rosbacher Straße 1
61191 Rosbach v.d.H.
Tel.: 06003 – 935180
E-Mail: helge.welker@arcor.de



Rosbach, den 22.11.13

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Regina Karehnke
Stadtverwaltung
Homburgerstrasse 64
61191 Rosbach vor der Höhe

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

ich bitte Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Den Bürgerinnen und Bürgern wird es ermöglicht, e-Mails mit persönlichen und/oder personenbezogenen (also Datenschutz-relevanten) Inhalten, verschlüsselt an die Stadtverwaltung zu senden. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht dazu gezwungen werden auf kostenpflichtige Dienste, wie z.B. DE-Mail, zugreifen zu müssen, sondern dies mit kostenlosen OpenSource Produkten auf Basis des weit verbreiteten PGP Standards zu ermöglichen. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die Rück-Kommunikation zum Bürger auf dessen Wunsch hin ebenfalls verschlüsselt erfolgt, soweit er/sie seinen/ihren öffentlichen Schlüssel (PublicKey) der Stadtverwaltung vorab mitgeteilt oder auf einen öffentlichen Schlüsselserverserver abgelegt hat.

Begründung:

Im Rahmen der NSA Affäre ist mittlerweile hinreichend bekannt, dass in- und ausländische Geheimdienste auf fast jeden Mailverkehr zugreifen und diesen ungehindert mitlesen können. Wir sehen hier eine Verletzung der Grundrechte der Bürger, insbesondere des Briefgeheimnisses. Wie Innenminister Friedrich in einem Interview am 17.07.2013 verdeutlicht hat, ist hier jede Bürgerin/jeder Bürger selbst für eine technische Umsetzung zum Schutz seiner/ihrer persönlichen Daten im Internet verantwortlich. Zitat: „Es müssen sich noch mehr Menschen Gedanken darüber machen, wie die Sicherheit der eigenen Kommunikation hergestellt werden kann“ und „Kommunikation im Netz ist schutzbedürftig, und das muss jedem bewusst werden“.
(<http://www.tagesspiegel.de/>)

Da wir uns weitgehend sicher sind, dass gerade im Mailverkehr mit städtischen Behörden auch persönliche Daten ausgetauscht werden, fordern wir die Stadtverwaltung auf, den Rosbacher Bürgerinnen und Bürgern diesen Schutz der eigenen Daten zu ermöglichen.

Hierbei ist eine, für die Bürgerinnen und Bürger einfache Möglichkeit zu schaffen, per e-Mail verschlüsselte Dokumente und Nachrichten an die Stadtverwaltung zu senden. Dazu gibt es kostenlos zu nutzende Software, wie z.B. Gpg4win (<http://gpg4win.org/about-de.html>), deren Entwicklung vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) (<http://www.bsi.bund.de/>) mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde und Bürgern und Institutionen zur kostenlosen Nutzung überlassen wird (<http://gpg4win.org/license-de.html>).

Die Kosten zur Ermöglichung einer verschlüsselten Mail-Kommunikation halten sich für die Stadt Rosbach in sehr engen Grenzen. Die nötige Software ist für Sender und Empfänger kostenlos erhältlich. Der Schulungsaufwand für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie der Installationsaufwand ist überschaubar. Die Piratenpartei bietet dazu an, die Stadtverwaltung durch fachliche Expertise zu unterstützen.

Der Einsatz alternativer (kostenpflichtiger) Produkte, wie z.B. DE-Mail, kann optional angeboten werden, wobei wir Piraten dies als keinen zuverlässigen Datenschutz anerkennen, da hierbei keine vertrauliche End-To-End Verschlüsselung ermöglicht wird und die verwendeten elektronischen Signaturen nicht im Einflussbereich des Anwenders verbleiben.

Zur Einarbeitung in die Problematik der eMail-Verschlüsselung empfiehlt sich das ursprünglich von der BSI herausgegeben und jetzt von der Gpg4win-Initiative weitergepflegtem **Gpg4win-Kompendium** (<http://gpg4win.org/documentation-de.html>).

Mit freundlichen Grüßen

Helge Welker

Stadtverordneter

Piratenpartei Rosbach v.d.Höhe